

Katholische Mitglieder des Ökumenischen Friedenskreises
Dresden-Johannstadt

An die Berliner Bischofskonferenz

Sehr geehrte Mitglieder der Berliner Bischofskonferenz !

"Auch wir brauchen autorisierte Gesprächsrunden..." ist ein offener Brief des Initiativkreises "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" an die Leistungsgremien der an der Ökumenischen Versammlung beteiligten Kirchen.

Wir teilen die große Sorge der Verfasser um die weitere Entwicklung in unserem Land und ihr Anliegen an die Kirchenleitungen. Deshalb bitten wir Sie, den Verantwortlichen in Partei und Regierung die Notwendigkeit zu einem offenen Dialog in autorisierten Gesprächsrunden konsequent zu verdeutlichen. Wir bitten Sie, öffentlich dafür einzutreten, daß sogenannte "Anderdenkende", die sich um die Zukunft dieses Landes sorgen, nicht mehr eingeschüchtert, diskriminiert und kriminalisiert werden. Es sind längst nicht mehr Einzelschicksale, die daraus entstehen, sondern auch jeder ist davon betroffen, der ängstlich seine eigene Haltung verbirgt und den Widerspruch zu seinem Gewissen aushalten muß. Das sind viele, zu viele inzwischen - Christen und Nichtchristen gleichermaßen.

Als katholische Christen wenden wir uns an Sie mit der Erwartung, in unserer Kirche eine legitime Plattform für die Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Gesellschaft und des daraus erwachsenen Unfriedens zu schaffen. Dadurch könnten engagierte Einzelne und Gruppen aus dem Zwielicht gebracht werden, unter christlichen Vorzeichen nur politischen Oppositionsgeist zu pflegen. Eine größere Sprachfähigkeit gegenüber gesellschaftlichen Verantwortungsträgern wäre die Folge und es könnte ein Prozeß der Ermutigung einsetzen.

Es geht uns um die Glaubwürdigkeit des christlichen Zeugnisses für die Welt und im besonderen für einen konkreten Teil der Welt, in dem wir leben. Wir sind uns unseres spezifischen Weltauftrages bewußt, "mit christlichem Engagement die irdischen Bereiche zu beleben..." und uns darum "...als Zeugen und Mitarbeiter des Friedens und der Gerechtigkeit zu erweisen." (Enzyklika "Sollicitudo rei socialis", 47) Diesem Anspruch versuchen wir uns zu nähern.

Wir erwarten aber, daß alle Glieder der Kirche, d.h. auch Priester und Bischöfe, die durch ihr Amt gegebenen Möglichkeiten nutzen, diesen Auftrag mitzutragen.

Im Pastoral Schreiben "Katholische Kirche im sozialistischen Staat" an die Priester und Diakone äußerten Sie dazu: "Doch muß andererseits deutlich werden, daß die Kirche an den Nöten und Sorgen der Menschen mitträgt. Darum hat die Kirche das Recht und die Pflicht, zu wichtigen Lebensfragen der Gegenwart auch öffentlich Stellung zu nehmen ..."

Sie haben mit Ihrem letzten Hirtenbrief anläßlich des Beginns des 2. Weltkrieges wesentliche Worte zur Aufarbeitung dieser schrecklichen Zeit, zum Bekenntnis zu schwerer Schuld und den Bedingungen zur Überwindung der geistigen Voraussetzungen für Krieg und Unfrieden gefunden, wofür wir Ihnen an dieser Stelle danken möchten.

Ebenso schätzen wir ihr Engagement zum Schutz des ungeborenen

Lebens, wo christliche Ethik mit der Gesetzgebung des Staates nicht vereinbar ist.

Die über 40 Jahre in der DDR angestauten Probleme, die besonders in den letzten Monaten offen zutage getreten sind und die für viele Menschen zum unlösbaren Konflikt werden, sollten aber von Ihnen stärker und öffentlich hörbar bedacht werden.

Neben den Vorgängen um die "Wahlen" vom 7.5.89 gehören dazu auch die öffentliche Unterstützung der Gewaltanwendung in China durch die Volkskammer, die Verleugnung der inhumanen Verhältnisse in Rumänien, die jüngste Fluchtwelle von DDR-Bürgern, die zunehmende Kriminalisierung von Engagierten für Gerechtigkeit und Umwelt mit Festnahmen und hohen Geldstrafen (z.B. Dresden-Gittersee) und die auf dem letzten Pädagogischen Kongreß erklärten "Notwendigkeiten" zur Wiederbelebung überkommener, destruktiver Feindbilder.

Diese Situation erfordert, daß alle, die sich für die Zukunft unserer Gesellschaft mitverantwortlich betrachten, in einen Dialog zur Suche nach Auswegen treten.

Für die katholische Kirche scheinen uns drei Schritte in dieser Richtung naheliegend und gangbar:

1. Das Setzen stärkerer Akzente für die aufgezeigte Problematik in der pastoralen Arbeit (insbesondere innerhalb von Studenten-, Akademiker- und Jugendseelsorge).
2. Die Arbeitsgruppe "Justitia et pax" sollte erweitert werden. Vorstellbar wäre eine Untergruppe "Justitia et pax" in der DDR, die aus Laien zusammengesetzt und von Laien geführt wird. Dadurch wäre eine stärkere Verbindung zwischen globalen und lokalen Problemen sowie zwischen Basis und Amtskirche gegeben. Daraus könnte eine Klammer werden für alle im o.g. Sinne engagierter Menschen in der katholischen Kirche.
3. Die Strategie, mit staatlichen Amtsträger ausschließlich "hinter verschlossenen Türen" zu verhandeln, muß zugunsten von Transparenz und Offenheit gegenüber den Menschen verlassen werden. Die Bedingungen haben sich geändert.

Bitte suchen und nutzen Sie die Kontakte mit staatlichen Stellen dazu, auf die Gefahren hinzuweisen, die aus der fortgesetzten Abwehr gegenüber notwendigen Reformen entstanden sind bzw. entstehen.

Sprechen Sie öffentlich dazu - für alle hörbar, die durch Machtdemonstrationen des Staates unmündig geworden sind und resigniert haben.

In der Hoffnung, daß aus vielen Worten gemeinsames Tun erwächst:

Dresden am 11.9.89

Kontaktadresse: Franco Gläsner, Reinickestr.3, Dresden, 8053

franco gläser

Arno Juchacz

Falk Fehle

Mania Leube

Johannes Pauer

Johann Schmitt

Gerard Leinlich

Benedikt-M. Adravan

Matthias Hinder